



Mehrbesitzverbot von Apotheken

Rede von Frank Spieth, 29. September 2006

Frank Spieth (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben

es gehört: Kein Bereich im deutschen Gesundheitswesen

hat höhere Zuwachsraten als der Pharmabereich.

Wir zahlen hier mittlerweile mehr als für die ambulante

ärztliche Versorgung. Darüber sollte man in der Tat einmal

nachdenken.

Trotz aller Kostendämpfungsbemühungen sind die Kosten für die Arzneimittel in den zurückliegenden Jahren gestiegen. Die Milliarden, die hier ausgegeben werden, fehlen an anderer Stelle im Gesundheitswesen.

(Beifall bei der LINKEN)

Gleichzeitig mussten sich die Patientinnen und Patienten

darin gewöhnen, immer höhere Eigenanteile zu zahlen.

Nun kommen die Grünen mit der Idee, durch die Abschaffung des Fremd- oder Mehrbesitzverbotes für

Apotheken einen besseren Wettbewerb und mehr Wirtschaftlichkeit herstellen zu können und damit unter Umständen round about 2 Milliarden Euro einsparen zu können. Abgesehen davon, dass ich die Grünen, die einmal für Nachhaltigkeit und lokalen Zusammenhalt eingetreten sind, nicht mehr verstehe, halte ich diesen Ansatz in der Tat für einen schweren Denkfehler.

(Beifall bei der LINKEN - Birgitt Bender [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt kommt die Linkspartei auch noch damit!)

Schon heute können Apotheker bis zu drei Filialen betreiben, Frau Bender; denn Rot-Grün hat damals dafür gesorgt, dass es die Möglichkeit dieses Mehrbesitzes gibt. Der Vorschlag der Grünen, das Mehrbesitzverbot für Apotheken gänzlich aufzuheben, geht aber nach meiner Einschätzung an dem tatsächlichen Problem vorbei: Die Ausgaben für Arzneimittel haben sich von 1995 bis 2005 von 8,94 Milliarden Euro auf 15,44 Milliarden Euro erhöht. Im gleichen Zeitraum, Frau Bender, haben sich die Rohgewinne der Apotheken und des Großhandels in Höhe von 5 Milliarden in 1995 und 4,94 Milliarden in 2005 sogar geringfügig reduziert. Das heißt, nicht die Apotheken sind die Kostentreiber;

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

vielmehr haben die Pharmakonzerne 72 Prozent der Kostensteigerungen im Bereich der Arzneien zu

verantworten.

Die Auseinandersetzung über diesen Fakt wird von Ihnen gescheut. An dieser mächtigen Lobby ist bisher im Kern noch jede Reform gescheitert. Ich befürchte, dass mit der Einführung von Apothekenketten zwangsläufig die Qualität der unabhängigen Beratung leidet. Wenn Apothekenketten von Pharmaunternehmen geführt werden, dann ist an eine unabhängige Medikamentenberatung nicht mehr zu denken.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber gerade das sollte unser Ziel sein: die qualifizierte und hochwertige Arbeit der Pharmazeuten. Es bleibt nach meiner Erkenntnis - das haben Gespräche mit vielen Deutschen Apothekern bestätigt - die Notwendigkeit, den Apotheker als letztes Korrektiv bei falschen Verschreibungen einzusetzen.

Es stimmt, dass die meisten Apothekenbesitzer in Deutschland ein durchaus auskömmliches Nischendasein führen. Daran haben auch die Internetapotheken und der Versandhandel mit Arzneimitteln nichts geändert.

Richtig ist auch, dass die Qualität der Beratung und der Service mancherorts verbesserungswürdig sind. Darüber können wir reden.

Die Grünen gehen aber von Einsparmöglichkeiten aus, die ich für unreal halte. Wie soll das funktionieren?

Die Apotheken erhalten unabhängig vom

Abgabepreis
des jeweiligen Medikaments eine Pauschale in Höhe
von
6,10 Euro. Naturalrabatte, wie sie bis zur Einführung
des
Arzneimittelverordnungs-Wirtschaftlichkeitsgesetzes
gegeben
waren, sind mittlerweile verboten. Kurzum:
Apothekerinnen
und Apotheker haben kein eigenes wirtschaftliches
Interesse mehr an den Arzneimittelpreisen.
Deshalb ist dieser Ansatz falsch.
Wie sollen Apothekenketten 2 Milliarden Euro
einsparen
können, wenn es durch die Politik der letzten
Jahre nicht möglich war? Aus welchem Grund sollen
all
die Apothekenketten bereit sein, die Vorteile aus
ihren
ausgehandelten Rabatten an die
Versichertengemeinschaft
weiterzugeben? Ich sehe an dieser Stelle keine
Chance. Die Erfahrungen in den USA - das wurde
bereits
ausgeführt - und in Norwegen zeigen, dass dieser
Weg in die falsche Richtung führt. Monopole, wie sie
dort entstehen, würden uns das Fürchten lehren.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:
Sie müssen zum Ende kommen.

Frank Spieth (DIE LINKE):
Ich komme zum Schluss. - Ich meine, wir sollten
einen
anderen Weg gehen. Unsere Fraktion wird sich dem
Antrag der Grünen nicht anschließen. Wir lehnen -
wie
hoffentlich die Mehrheit des Parlaments - diesen
blinden

Neoliberalismus ab.

(Beifall bei der LINKEN)